

AKTUELL

GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Luxemburg nähert sich der Gleichheit

María Elorza Saralegui

Das European Institute for Gender Equality registriert erstmalige Erfolge, auch in Luxemburg gibt es Besserungen. In vielen Bereichen liegen jedoch sowohl auf EU-Ebene als auch hierzulande fortdauernde Ungleichheiten vor.

Dieses Jahr hat das European Institute for Gender Equality (EIGE) nicht nur einen Grund zum Feiern. Neben einem zehnjährigen Jubiläum hat das Institut für 2022 einen erstmaligen EU-Schnitt von über 70 Prozent auf ihrem Gender Equality Index erfasst. Ein Resultat von 100 Prozent ist nötig, damit eine vollständige Geschlechtergleichheit vorliegt. Die Steigerung von fast zwei Prozentpunkten sei vor allem auf die Zunahme von Frauen in Führungspositionen in mehreren Mitgliedsstaaten zurückzuführen, heißt es in dem am vergangenen Dienstag veröffentlichten Bericht des EIGE.

An der Spitze der Index-Skala liegt Schweden mit 80 Prozent, gefolgt von den Niederlanden und Dänemark. Auch Luxemburg liegt mit einem Durchschnittswert von 74,7 Prozent über dem EU-Durchschnitt und ordnet sich damit hinter Belgien und Frankreich auf dem 7. Platz ein. Seit 2010 hat das Großherzogtum einen Sprung von 13,5 Prozentpunkten erreicht. Dennoch sei Schweden das einzige Land, das der Geschlechtergerechtigkeit nahe sei, beharrt Jolanta Reingarde, Forscherin des EIGE auf einer Pressekonferenz am Dienstag.

Unterteilt wird der Index in sechs Hauptbereiche, in denen die Geschlechtergleichheit in jedem Mitgliedsstaat analysiert wird. Schaut man sich die verschiedenen Kategorien an, fällt auf: Ungeachtet der Besserungen, gibt es EU-weit große Unterschiede.

So etwa in den Hauptbereichen „Bildung“ und „Arbeit“. Obwohl Frauen oftmals die Mehrheit der Studierenden und Auszubildenden ausmachen, sind sie auf den nationalen Arbeitsmärkten weiterhin unterrepräsentiert, vor allem bei höheren Posten. „Es ist erschreckend, dass die Geschlechtertrennung auf dem Arbeitsmarkt heute noch genauso stark ist wie vor zehn Jahren“, wird im Bericht bemängelt. Sowohl die Löhne als auch die Beschäftigungsrate von Frauen seien systematisch niedriger als die von Männern. Schuld daran sei vor allem die unbezahlte Arbeit – meist in Form von Kinder- oder Alterspflege –, die Frauen öfter als Männer übernehmen.

Führt Luxemburg mit 93,9 Prozent die Spitze der Länder in puncto Lohn-gleichheit an, ist bei der „Freizeit“ ein Rückgang zu 2021 zu bemerken: Männer hätten deutlich mehr Zeit für soziale Aktivitäten als Frauen. Mit 62,8 Prozent liegt das Großherzogtum in diesem Bereich sogar unter dem EU-Durchschnitt.

In Führungspositionen vorn

Was dieses Jahr außerdem auffällt: Luxemburg hat sich besonders im Bereich „Macht“ verbessert. Demnach seien Frauen hierzulande etwas häufiger in politischen und wirtschaftlichen Führungspositionen, etwa in Bankvorständen, vertreten. Das Großherzogtum bildet damit eine Ausnahme in der EU, wo der Bereich trotz einer Verbesserung den niedrigsten Prozentsatz erreicht. „Die Belastung durch Pflegeaufgaben kann Frauen davon abhalten, eine aktivere Rolle im politischen Leben zu übernehmen“, erklärt das EIGE im Bericht.

Am Mittwoch kommentierte Gleichstellungsministerin Taina Bofferding (LSAP) den diesjährigen Index in einer Pressemitteilung: Wenngleich sie die hiesigen Erfolge lobend hervorhob, merkte sie an, dass Frauen in Entscheidungspositionen im Klimaschutz unterrepräsentiert seien. Dies, „obwohl ein besseres Gleichgewicht auf dieser Ebene für einen sozial gerechten Prozess wünschenswert wäre“, so die Ministerin.

Ein Bereich, der im diesjährigen Index nicht mit einbegriffen ist, ist die körperliche und sexualisierte Gewalt. Noch gebe es dafür nicht genügend Daten, erklärt Reingarde am Dienstag. Auch nicht in Bezug auf Luxemburg, wo etwa Femizide nicht separat erfasst werden. Nächstes Jahr wollen die Forscher*innen versuchen, körperliche und sexuelle Gewalt erstmals in den Index einzubringen.

Die Steigerung der Ungleichheiten in verschiedenen Mitgliedstaaten sei „beunruhigend“, sagt Reingarde. Denn trotz der Fortschritte in Ländern mit größeren Ungleichheiten, wie Rumänien, stagniere die Entwicklung in anderen Mitgliedstaaten. Bei Spitzenreiter Schweden wäre die Gleichstellung sogar um einige Prozentpunkte zurückgegangen. „Dies zeigt deutlich, dass wir die Besserungen nicht als selbstverständlich ansehen dürfen“, so die Forscherin.

SHORT NEWS

Flüchtlingsaufnahme: Kritik an Scheinlösung

(tj) – Am vergangenen Mittwoch schlug die NGO Passerell in einem Preseschreiben Alarm: „Depuis lundi nous recevons de jeunes demandeurs d’asile qui n’ont nulle part où aller“, schreibt die auf juristische Beratung von Flüchtlingen spezialisierte Organisation. Die Ursache für diese rezente Entwicklung liegt für Passerell auf der Hand, und zwar gehe sie auf die Ankündigung zurück, die Außenminister Jean Asselborn (LSAP) am Freitag der Presse gegenüber machte: Ab sofort wird alleinstehenden Männern, für die die Dublin-Prozedur gilt, hierzulande das Recht versagt, automatisch in einer Flüchtlingsstruktur unterzukommen. Das mit dem Ziel, die Strukturen angesichts einer gestiegenen Anzahl an Asylsuchenden zu entlasten. Stattdessen, so der Wortlaut des Ministers, kämen sie „auf eine Warteliste“. Am Montag hatte sich bereits Marc Crochet, Generaldirektor der Caritas, auf Radio 100komma7 zu dieser Problematik geäußert. Die Angst, die er mit Vertreter*innen anderer Organisationen teile, sei, dass die betroffenen Männer in die Obdachlosigkeit gerieten. Crochet kann die von Asselborn angekündigte Maßnahme nicht nachvollziehen. Statistisch sei keine Entwicklung festzustellen, die einen solch drastischen Schritt rechtfertige. Wenn die hiesigen Flüchtlingsstrukturen überlastet seien, dann deshalb, weil sich deren Bewohner*innen aufgrund der hohen Mietpreise keine Unterkunft auf dem Wohnungsmarkt leisten könnten. Es sei also dort, wo der Hebel angesetzt werden müsse, so Crochet. Generell bereite ihm der Diskurs, der alleinstehende muslimische Männer stigmatisiere, große Sorgen.

Überraschung: Banken immer noch nicht nachhaltig

(ja) – Am vergangenen Mittwoch präsentierte die Umwelt-NGO Greenpeace die Resultate eines neuen „Mystery Shoppings“ bei fünf Luxemburger Banken. Dieses Jahr war der Fokus auf sogenannten „Impact“-Produkten, mit denen Anleger*innen ihr Geld für eine positiv-nachhaltige Wirkung anlegen können. 15 Mystery Shopper*innen schickte Greenpeace zu insgesamt 22 Beratungsgesprächen, die Auswertung der Gespräche und angebotenen Finanzprodukte erfolgte durch Nextra Consulting. Obwohl Bankberater*innen durch die europäische Mifid II-Richtlinie gesetzlich dazu verpflichtet sind, ihre Kund*innen über ihre Präferenzen in Sachen nachhaltige Investitionen zu befragen, passierte dies nur in 41 Prozent der Fälle. Bei der Terminvereinbarung war dies sogar nur bei einem Drittel der Fälle, was zur Folge hatte, dass die Folgegespräche von uninformatierten Bankberater*innen durchgeführt wurden. Zwar wurden in 82 Prozent der Gespräche „vermeintliche Impact Produkte“ angeboten, aber in 68 Prozent blieb unklar, wie dieser Impact konkret aussehen soll. Acht verschiedene Anlageprodukte wurden angeboten – sie alle geben an, Impact-generierende Produkte zu sein, was laut Greenpeace jedoch nur bei zweien der Fälle ist. Die Impactberichte bewertete die NGO allesamt als intransparent und mangelhaft. Greenpeace fordert die Banken auf, ihre Berater*innen besser zu schulen und transparenter zu berichten.

EU: Umweltausschuss für Glyphosat

(tf) – Glyphosat soll in der Europäischen Union für mindestens weitere zehn Jahre zugelassen bleiben, wenn es nach dem Umweltausschuss des EU-Parlaments geht. Das Gremium hat am vergangenen Dienstag eine nicht-bindende Resolution verworfen, in der ein entsprechender Verlängerungsvorschlag der EU-Kommission abgelehnt werden sollte. 40 Abgeordnete sprachen sich gegen die Resolution aus, bei 38 Stimmen dafür und 6 Enthaltungen. Der Umweltausschuss werde „seinem Namen nicht gerecht“, kritisierte die deutsche EU-Abgeordnete der Grünen, Jutta Paulus, die Entscheidung. Auch die Luxemburger EU-Abgeordnete Tilly Metz (Déi Gréng) äußerte sich in einer Pressemitteilung: „Die Hartnäckigkeit, mit der sich einige nachdrücklich weigern, auf unabhängige wissenschaftliche Studien zu hören“, in der die Gefährlichkeit des Totalherbizids und anderer Gifte nachgewiesen worden ist, sei schockierend. Immerhin fand sich eine Mehrheit für die Festlegung verbindlicher Ziele zur Reduzierung des Pestizideinsatzes in den EU-Mitgliedstaaten. Die Verordnung über die nachhaltige Verwendung von Pestiziden (Sustainable Use Regulation, SUR) sieht eine Reduzierung des Einsatzes wie auch des damit verbundenen Risikos chemischer Pestizide um 50 Prozent vor. Der Einsatz der gefährlichsten Pestizide muss um 65 Prozent sinken. Dieses Ziel soll bis 2030 erreicht werden, gemessen an dem Verwendungszeitraum 2013-2017. Die EU-Kommission hatte als Referenzzeitraum die Jahre 2015-2017 vorge-schlagen.